

PRESSEUNTERLAGE

zum Hintergrundgespräch der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) am 30. Juni 2014

Teilnehmer/in:

Rektor Heinrich Schmidinger, Präsident der Universitätenkonferenz

Elisabeth Fiorioli, Generalsekretärin der Universitätenkonferenz

Thema: Bilanz und Ausblick auf das neue Studienjahr

Die Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) will auf die Bundesregierung zugehen und gemeinsam eine Wissenschaftsstrategie für Österreich entwickeln. Obwohl diese im Regierungsübereinkommen ein Bekenntnis zum Forschungsstandort gegeben hat, wurde mit der Entwicklung einer Langfrist-Strategie noch nicht begonnen. Die Autonomie der Universitäten war eine wichtige Weichenstellung, die den Universitäten Handlungsspielraum gegeben hat, und den sie auch genutzt haben. Dringend notwendig wäre jetzt ein gemeinsamer Plan, um im internationalen Wettbewerb mit europäischen, amerikanischen und asiatischen Universitäten bestehen zu können. „Dazu werden wir auch das Gespräch mit dem Finanzminister suchen, den Wissenschaftsminister wissen wir dabei auf unserer Seite“, erklärt der Präsident der uniko, Rektor Heinrich Schmidinger.

Koalitionspakt. Die Bundesregierung hat bisher kaum erkennen lassen, dass sie ihr im Koalitionspakt ausgeschildertes Ziel beim Kapitel Wissenschaft tatsächlich ernst nimmt: Der Ansage von Rotschwarz „Wissenschaft und Forschung werden als elementare Stützen der gesamtstaatlichen Entwicklung Österreichs und seiner Potenziale langfristig abgesichert“ müsste jetzt eine strategische Ausrichtung der österreichischen Forschungspolitik folgen. Andernfalls wird sich diese Passage über kurz oder lang als Selbsttäuschung herausstellen. Von ihren zwei wichtigsten Punkten im Wissenschaftskapitel hat sich die Regierung augenscheinlich entweder offiziell oder innerlich verabschiedet:

„Die weiteren gesetzlichen Schritte zur **Studienplatzfinanzierung**“ werden mangels notwendiger Mittel nicht „wie vorgesehen“ 2016 umgesetzt, sondern – wenn überhaupt – erst ab 2019 wirksam. Das Festhalten am sogenannten **Zwei-Prozent-Ziel** (bis 2020 sollen zwei Prozent des BIP für den tertiären Bildungssektor aufgewendet werden) wurde zwar von Bundeskanzler Werner Faymann im Parlament in einer Anfragebeantwortung der Grünen bekräftigt. Vizekanzler und Finanzminister Werner Spindelegger scheint aber nicht gewillt, die dafür nötige Erhöhung des Universitätsbudgets zu bewilligen und hüllt sich seit Monaten in Schweigen. Sollte sich im kommenden Herbst herausstellen, dass es beim Universitätsbudget für die Leistungsvereinbarungen 2016 bis 2018 kein Wachstum gegenüber der laufenden Periode (2013 bis 2015) geben wird, wäre die Hochschulpolitik von Rotschwarz bereits im ersten Jahr der neuen Legislaturperiode gescheitert. uniko-Präsident Schmidinger dazu: „Die Vertreter der Koalition wären dann gleich zweimal offiziell umgefallen.“

Leistungsvereinbarungen. Dennoch wird die uniko nicht auf den Eintritt des *Worst Case* warten und die Chancen nützen, im Vorfeld zu den Verhandlungen über die neue Leistungsvereinbarungsperiode Gespräche mit den politischen Spitzenvertretern zu führen und Überzeugungsarbeit für eine hinreichende finanzielle Ausstattung der Universitäten zu leisten. Die uniko vertraut dabei auf den Einsatz und die Unterstützung von Bundesminister Reinhold Mitterlehner, der gegenüber den Rektorinnen und Rektoren ursprünglich von einem Mindestbedarf von 1,4 Milliarden Euro an zusätzlichem Budget für die dreijährige Periode ab 2016 gesprochen hat. Nach dem Aussetzen des Projekts Studienplatzfinanzierung würde sich dieser Betrag auf rund eine Milliarde Euro reduzieren.

„Wir werden jedenfalls darum kämpfen, dass für die Universitäten nach der Töchterle-Milliarde eine ähnlich hohe Summe auch aus dem Ressort von Reinhold Mitterlehner bereit gestellt wird“, kündigt uniko-Präsident Schmidinger an. Es gehe dabei auch um die Glaubwürdigkeit der Ressortspitze im Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMWFW): Mit der Umbenennung im März sollte immerhin eine Prioritätensetzung zum Ausdruck gebracht werden. Die Entscheidung über das Universitätsbudget muss jedenfalls von Gesetzes wegen noch in der zweiten Jahreshälfte 2014 getroffen werden, die Verhandlungen zwischen BMWFW und den einzelnen Universitäten werden 2015 geführt.

Politischer Stellenwert. Was die Performance der neuen Bundesregierung in den ersten sechseinhalb Monaten seit der Angelobung betrifft, so war diese von der Diskussion um Budgetloch, Hypo-Milliarden, und – daraus resultierend – Sparprogrammen für die einzelnen Ministerien bestimmt; denkbar schlechte Voraussetzungen für die Positionierung der Universitäten. Wenn überhaupt, dann werden diese als Kostenfaktor für den Staatshaushalt betrachtet. Abgesehen vom redlichen Bemühen von Bundesminister Mitterlehner, der zumindest versucht, Wissenschaft und Forschung ebenso viel Gewicht zu verleihen wie der Wirtschaft, fällt den Mitgliedern der Universitätenkonferenz (uniko) einmal mehr das erschreckende Desinteresse der Bundespolitik an Hochschulthemen auf, wie dies zuletzt nach der Präsentation der IHS-Dropout-Studie erkennbar wurde.

Autonomie. Mehr als zehn Jahre nach dem Wirksamwerden des Universitätsgesetzes (UG) 2002 mit Anfang 2004 können die Universitäten auf eine beachtliche Leistungsbilanz verweisen. Die uniko hat dazu im März die Kennzahlen einer erfolgreichen Selbstverwaltung öffentlich präsentiert. Diese belegen, dass – entgegen den Zurufen aus der Politik – die Steuermittel effizient eingesetzt wurden, und dies bei steigenden Studierendenzahlen und bei widrigen Rahmenbedingungen. **Präsident Schmidinger:** „Trotz aller bekannten Schwierigkeiten haben die Universitäten die Autonomie genützt und so viel investiert wie kaum zuvor – in ihre Organisation, in ihre Einrichtungen, in ihre Infrastruktur, vor allem in die Bildung und Ausbildung der Studierenden, in die Spitzenforschungsbereiche, nicht zuletzt in die internationalen Beziehungen. Sie konnten dadurch deutlich an Profil gewinnen. Ich will mir nicht vorstellen, dass der Staat, welcher zu dieser positiven Entwicklung das Seine beigetragen hat, dies alles jetzt aufs Spiel setzt, indem er die Universitäten in der nächsten Periode der Leistungsvereinbarungen zu einem bloßen Reduktionsprogramm zwingt.“

Der uniko-Präsident weist darauf hin, dass im Falle eines Rückbaus Österreichs Universitäten im internationalen Wettbewerb zurückfallen würden. „Die Universitäten bringen in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht eine permanent hohe Wertschöpfung ein, ohne die sich das gesellschaftliche Gefüge Österreichs weder aufrechterhalten noch weiterentwickeln ließe. Wer könnte wollen, dass diese für unsere Gesellschaft so wesentliche Leistung künftig weniger oder gar nicht mehr erbracht würde?“ ergänzt Schmidinger. „Die Politik würde sonst selbstzerstörerische Züge annehmen und gegen die Gesellschaft agieren. Sehenden Auges tut dies niemand, auch das Finanzministerium nicht.“